

Angeligen
werden ö. Spisepf. 34mm br. Milli-
meterzelle oder deren Raum mit
20 Pf. berechnen u. in unseren An-
nahmenstellen u. allen Anzeigenge-
schäften ankommen. Reklamen
bis 92 mm br. Millimeterzelle 50 Pf.
Anzeigen - Annahmestellen vora.
11 Uhr, für die Sonntags-Br. obs.
8 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erschint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Christ-
fest u. Haupt-Feiertage: Halle,
Neue Promenade 1a, Dr. Braun-
hausstr. 17. Adress-Schaltstellen:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Sozial-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 348.

Halle, Montag, den 28. Juli.

1919.

Die Geheimpolitik des Kanzlers Michaelis.

Conrad Haufmann enthüllt!

Selbst Vizekanzler Payer wußte nicht!

Stuttgart, 28. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Bei der Erörterung der Enthüllungen Erzbergers auf dem gestrigen Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei erklärte der Abg. Conrad Haufmann, daß die durch Vermittlung des Vatikan im Jahre 1917 von der englischen und französischen Regierung unternommenen Schritte zum Frieden vom Reichskanzler Michaelis und seiner Regierung weder dem damaligen Hauptansatz des Reichstages noch dem Vizekanzler v. Payer mitgeteilt wurden. Beide wurden in völliger Unkenntnis gelassen. Die Regierung spielte ein planmäßiges Spiel, das erst jetzt enthüllt werde.

Veröffentlichung eines wichtigen Dokuments.

Frankfurt a. M., 28. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die Frankfurter Zeitung meldet aus Weimar: Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen das in dem Schreiben des Münchener Antritts erwähnte Telegramm des englischen Gefandten der Deffektivität zugänglich machen.

Herr von Kühlmann für den Staatsgerichtshof.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Herr v. Kühlmann antwortete auf eine Anfrage der B. Z.: Das verantwortliche Reichskabinett ist meiner Ansicht nach zuständig, um zu bestimmen, was über die wichtigsten diplomatischen Vorgänge in der nächsten Zeit veröffentlicht werden kann. Ich persönlich habe mich zu Publikationen über vertrauliche Vorgänge während meiner Amtszeit ohne Ermächtigung des Anwesenden Ministeriums nicht für befugt, möchte aus deren Augen für unsere Gesamtpolitik beweislich. Eine wirkliche Klärung wird wohl nur möglich sein durch ein Verfahren, wie das vor dem Staatsgerichtshof geplante, bei welchem an Hand des gesamten Aktenmaterials die politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhange geprüft werden können.

Die Wahlen in Elsaß-Lothringen.

WTB. Paris, 27. Juli. Die französische Regierung bezieht einen Befehlsauftrag vor, nach dem die Wahlen in Elsaß-Lothringen gleichzeitig und zu gleichen Bedingungen wie im übrigen Frankreich stattfinden werden. Elsaß-Lothringen wird in drei Wahlkreise eingeteilt. Die Zahl der Deputierten bleibt noch nicht fest, dagegen werden zwei Wahlkreise je fünf Senatoren, der dritte Wahlkreis vier Senatoren haben.

Auch Graf Czernin gegen Erzberger.

Wien, 27. Juli. Privat-Telegramm. Der Korrespondent Wiens ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm zugegangen:

Grundriss, 27. Juli, 4 Uhr 10 nachmittags. Am zahlreichem Anfragen der Presse nachzukommen, bitte ich um Veröffentlichung folgender Zeilen:

So weit ich aus den Auszügen der Presse beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele ungenannte wichtige Vorgänge sind gar nicht erwähnt und dadurch entfällt ein Teil des Gesamtbild. Das meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anbelangt, in dem ich für eine Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte eintrat, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und für den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern zu gelangen. Von einer nichtverantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meine Rücken Herrn Erzberger übergeben, welcher denselben nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich konstatieren, daß Erzberger keine Intervention und keine Überzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimen Tatsachen preisgab. Der Inhalt des Berichtes kam durch das Borgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen v. Bedel ist daher, soweit sie mir bekannt ist, vollständig richtig. Im übrigen könnte ich meine Darstellung, die vieles andere gar nicht erwähnt, durch Dokumente beweisen, welche in meinem Besitz sind. Ich erfahre von der Übergabe

meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die vom Grafen v. Bedel mit Erzberger jetzt behaupteten Tatsachen sind aber nur Glieder einer ganzen Kette unverantwortlicher Außenpolitik, deren Ganzes ich erst ein Jahr später entdeckte und welche meine Demission veranlaßte. Mein demnächst über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen und gestützt auf Dokumente, die Wahrheit beweisen.

Erzberger von Czernin zur Rechenschaft gezogen.

Der bekannte Redakteur Erzberger in der Nationalversammlung sendet Vorkassier Graf von Bedel den 'Hamburger Nachrichten' folgende Mitteilung: 'Herr Erzberger hat in Weimar bestritten, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Verwertung seines Berichtes zu geben. In dem in meinem Besitz befindlichen Brief des Grafen Czernin heißt es wörtlich: 'Erzberger hat feinerzeit Kenntnis von meinem Bericht erhalten und die schwersten Indiskretionen begangen. Er kam nach Wien, von mir zitiert, um mir Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. Er war damals ganz vernünftig und sah seinen kolossalen Fehler ein.'

Es existieren über diese Vorgänge nicht nur Briefe, sondern auch noch andere beweiskräftige Dokumente. Das sollte Herr Erzberger bedenken. Staatssekretär von Kühlmann weiß auch die Wahrheit.' (Hierzu kann man nur sagen: Heraus mit den anderen beweiskräftigen Dokumenten! Red. d. Soz.-Ztg.)

Die Militärpflicht in den besetzten Gebieten.

WTB. Berlin, 28. Juli. Die 'D. Allg. Ztg.' schreibt u. a.: In Thorn haben in diesen Tagen Besprechungen wegen der Übergabe der an Polen kommenden preussischen Provinzen stattgefunden. Dabei wurde u. a. folgende Bestimmung getroffen: Die Militärpflicht wird in den neuen Bezirken sofort eingeführt werden, und zwar werden wahrscheinlich schon Säuglinge einbezogen werden. Die Frage, ob diejenigen, die noch zwei Jahre lang das Recht haben, in Deutschland zu ortieren, Angezogen werden, steht noch offen. Deutsche militärische Dienstgrade und Dienstzeit werden anerkannt. In der benachbarten tschechoslowakischen Republik ist für Weibchen und Mädchen die Aushebung von fünf Jahrgängen befohlen worden. Sie wird mit der größten Strenge durchgeführt trotz des offenen Widerstandes, der vielfach geleistet wird.

Es ist bedenklich, daß die Wälder der sächsischen Klasse schon bei der Geburt ihrer künftigen Selbständigkeit von Krieges- und Kampfpflichten befreit sind. Die Weltentzerrung Paris werden über die Unfähigkeit und Unzulänglichkeit ihrer Schöpfung nach der Rechten kommen. Der Friede wird nicht anders sein als eine neue Auflage des Weltkrieges. Mit neuem unangenehm Leid wird Europa bejahen müssen, was hoch politischer und kapitalistischer Egoismus in Versailles unter der Legende Wilsons, Lloyd Georges und Clemenceaus geschaffen haben.

Der Kaiser bereits vor ein Entente-gericht geladen!

Paris, 28. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Oberste Kriegsrat der Alliierten, der bekanntlich das Angebot des ehemaligen Reichsobersten u. Weimarer Hofmarschall, an Stelle des Kaisers vor einem alliierten Gerichtshof zu erscheinen, nicht angenommen hat, hat seinen ablehnenden Standpunkt in einem Schreiben an Herrn v. Bethmann-Hollweg bekräftigt. Es wird in diesem Schreiben angeführt, daß die Kontur des Motives des Reichsobersten und seine Oberbefehlshaber voll anerkannt und würdigt, daß die Angelegenheit selbst aber eine beratliche sei, daß ein Besetztes unzulässig ist. So wird weiter darauf hingewiesen, daß der Kaiser eingeladen worden ist, vor einem Gericht zu erscheinen, das aus 5 Richtern der großen Besatzungsmächte gebildet worden ist, während die übrigen Besatzungsmächte, deren Auslieferung man verlangen wird, vor einem Gerichtshof der Alliierten zu erscheinen haben.

Die deutsche Erklärung auf dem internationalen Gewerkschaftskongress.

Amsterdam, 28. Juli. Die von Essenbach im Namen der deutschen Gewerkschaftsverbände dem internationalen Gewerkschaftskongress überreichte Entschlossenheit hat folgenden Wortlaut: Die deutschen Gewerkschaftsverbände haben stets

erklärt, daß Deutschland mit Bezug auf Belgien falsch gehandelt hat. Sie haben immer die Kriegsgrausamkeiten, die während der deutschen Besetzung Belgiens begangen wurden, verurteilt. Die Deportation der belgischen Arbeiter geschah nicht mit Zustimmung der deutschen Arbeiterklasse, und soweit es während des Krieges möglich war, haben wir sie bekämpft. Die Haltung der deutschen Arbeiterklasse bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges war durch die Lage Deutschlands bedingt. Wir waren überzeugt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führte, und daß dies in Deutschland allgemein geglaubt wurde, ist durch die Tatsache erwiesen, daß auch die Führer der sogenannten unabhängigen Sozialdemokratie bei Ausbruch des Krieges die gleiche Haltung annahm. Die deutsche Arbeiterklasse war stets Gegner des Krieges und Kämpfer und hat niemals den imperialistischen Verbrechen der Regierung zugestimmt. Wenn zu Beginn des Krieges alles das, was jetzt bekannt ist, erkannt gewesen wäre, wenn die Arbeiterklasse nicht von der Regierung irreführt und betrogen worden wäre, dann wäre die Haltung der deutschen Arbeiter-Gewerkschaften und ihrer Führer eine andere gewesen. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung gekämpft hätte, daß Deutschland die angreifende Macht war, dann hätte sie zweifellos versucht, den Krieg mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Wir müssen anerkennen, daß die Arbeiter anderer Länder mehrere unserer Handlungen während des Krieges nicht billigen oder verstehen können. Diese Handlungen wurden Deutschland jedoch durch den harten Kampf, den das deutsche Volk durchzumachen hatte, aufgezungen. Jetzt, wo uns die Wahrheit vor Augen tritt, ist es klar, daß viele Dinge, die wir in voller Ueberzeugung taten, nie getan worden wären. Alles was wir getan haben, haben wir mit der vollen Ueberzeugung getan, daß das Recht auf Seiten des deutschen Volkes stand. Zu Beginn des Krieges haben wir versucht, unsere Pflicht zu tun, ohne die Arbeiterklassen anderer Länder zu benachteiligen und ohne unsere eigenen nationalen Pflichten zu veräußern.

Pöblicher Streikabbruch in Oberschlesien.

Breslau, 28. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Im ober-schlesischen Elektrizitätswerk ist eine plötzliche Wendung eingetreten. Seit gestern nachmittags 5 Uhr gibt es wieder Licht und Kraft, ohne daß den Arbeitern ihre Forderungen bewilligt worden. Die Vermittlungsanstaltungen in Katowitz waren ergebnislos verlaufen. Infolge dessen beschloß eine Gewerkschaftsversammlung am Nachmittag angefaßter Ausschließung der in Katowitz anwesenden Streikenden. Die Verhandlung des Streiks abzubauen und am heutigen Montag eine Abordnung des Arbeiterausschusses nach Breslau zu senden, um beim Arbeitsminister weitere Verhandlungen anzuknüpfen.

Oberschlesien an Polen entgültig verloren?

Saag, 28. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Das Polnische Preßbureau meldet, daß diejenigen Kreise, die während der früheren deutschen Regierung durch polnische Abgesandte im Reichstag vertreten wurden, nicht der Volksabstimmung unterliegen. Auf diese Weise wird das ganze industrielle Gebiet ohne Volksabstimmung an Polen fallen.

Deutsches Reich.

Neu Streit bei Siemens und vom Telegramm-arbeiterstreit. Hellen sämtliche Berliner Morgenblätter fest, daß sich die Aussichten auf Verständigung gebessert haben.

Ausland.

Das britische Militärgericht beurteilte drei Bürger aus Köln zu je fünf Jahren Gefängnis wegen Teilnahme an einer Verschwörung zur Absetzung von Kaiser und Krone und an der Bildung des alliierten Truppen. Gleichzeitig wurde eine Bekanntmachung erlassen, die die Einwohner Kölns warnt, sich an aufrührerischem Treiben zu beteiligen unter Androhung schwerer Freiheitsstrafen im Uebertretungsfall.

Die Vorgänge des 9. November 1918.

Die Entwicklung im Großen Hauptquartier im vorigen November. — „Der Kaiser wollte an der Spitze des Heeres die Ordnung wieder herstellen.“ — Warum der Plan fallen gelassen wurde.

Nachfolgende Blätter bringen über die Vorgänge des 9. November im kaiserlichen Hauptquartier zu Spa ein ansehnlich authentische Darstellung, die deren Wichtigkeit für die Herren Generalfeldmarschall von Hindenburg, Generaloberst v. Pflessen, Generalmajor a. D. v. Sinsge, Generalmajor v. Marschall und General Graf Schulenburg, soweit sie an den einzelnen Ereignissen beteiligt sind, die volle Wichtigkeit übermitteln.

Die Erschließung der Seelitz-Geitung.

Der preussische Minister des Innern, Drews, kam am 1. November 1918 nach Spa, um Seiner Majestät im Auftrage des Reichsfeldmarschalls Prinz Max von Baden über die innere Lage und die in der Presse weiterbreitete

Forderung der Abdankung des Kaisers

Korrespondenz zu halten. Auf Befehl Seiner Majestät, sich zu äußern, wies der Feldmarschall die seiner Meinung nach aus dem Vortrage zu sammelte Abdankungsforderung in kurzen Worten auf das nachdrücklichste zurück. Ein gleiches tat General Groener. Er fügte dem Vorwurf hinzu, daß die Regierung die Verantwortung durch die heimlichen Blätter und durch die Propaganda der feindlichen Blätter nicht in genügendem Maße gebührend habe. Seine Majestät wies das Anstimmeln ab, dankte, und schied ab.

Am 6. und 8. November war bei General Groener in Berlin umgewandelt und gewann hierbei den Eindruck, daß die Abdankung des Kaisers und Kronprinzen angelehnt der Entschloßung in der Heimat kaum länger werde ausgehalten werden können, lehnte es jedoch als Offizier militärischen Anforderungen gegenüber ab, den Kaiser zu diesem Schritt zu veranlassen.

Seine Majestät war angelehnt der offenbar immer mehr zunehmenden revolutionären Bewegung fest entschlossen, nicht nachzugeben, in der klaren Erkenntnis, daß seine Abdankung die Zerstückelung von Volk und Heer noch schlimmer würde und führte am 8. November vormittags beim Vortrage

die Absicht, an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wiederherzustellen.

General Groener erhielt Befehl, diese Operation vorzubereiten.

Am 8. November abends fand hierüber zwischen dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, dem Generaloberst v. Pflessen und dem Generalleutnant Groener eine Besprechung statt.

Angesichts der veränderten Lage beabsichtigte General Groener den Plan eines Vormarsches gegen die Heimat als aus schließliches Bestimmungshierfür war, daß nicht mehr ein Tausend und geeigneter waren, gegen die Revolution in der Heimat zu kämpfen.

Feldmarschall v. Hindenburg schloß sich schweren Herzens dem auf sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse beruhenden Urteil des Generals Groener pflichtgemäß an. Generaloberst v. Pflessen vertrat dagegen den Standpunkt, daß es für den Kaiser und seine Arme

ausgeschlossen sei, sich einer Handvoll Revolutionären zu fügen.

Das Vaterland würde es nicht begreifen, daß dieselbe Arme, die sich vier Jahre lang die Verwundung der ganzen Welt erworben habe, jetzt nicht imstande sein solle, eine Hand voll schäblicher Matrosen zu überwinden.

Der Feldmarschall und General Groener mußten bei voller Würdigung der Empfindungen des Generalobersten bei ihrer Ansicht verbleiben.

Am 9. November, vormittags 10 Uhr, fand bei Seiner Majestät der militärische Vortrag über die Lage durch den Generalfeldmarschall und General Groener statt. Dabei waren anwesend: Generaladjutant Generaloberst v. Pflessen, Generaladjutant Generalmajor Freiherr Marschall, Chef des Militärkabinetts Major Niemann, Vertreter der Obersten Seeresleitung bei Seiner Majestät und General Graf Schulenburg, Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz; Staatssekretär a. D. v. Sinsge, Vertreter des Reichsoberkriegs bei der Obersten Seeresleitung, kam zeitweise hinzu, wenn er seiner Majestät Vorschläge zu machen hatte.

Zu Beginn des Vortrages

sah der Generalfeldmarschall Seine Majestät um seine Entlassung.

Wohl ihm der Gedanke namenlos schwer fiel, seinem Kriegsgesetz von einem Entschluß abzuweichen zu müssen, den er dem Herzen nach freudig begrüßte, dessen Ausführung er aber nach reiflicher Überlegung als unmöglich annehmen mußte. Seine Majestät befiel sich die Entscheidung vor. General Groener erklärte dann die oben geschilderte Sachlage und erklärte den Gedanken einer Unternehmung des Feldheeres gegen die Heimat aus den gleichfalls bereits dargelegten Gründen für unausführbar. Der Generalfeldmarschall stimmte dieser Ansicht bei.

Während dieses Vortrages und auch noch nach demselben äußerten General Graf Schulenburg und Generaloberst v. Pflessen in vereinzelten Bemerkungen abweichende Ansichten, die nachstehend einzeln aufzusammeln sind.

General Graf Schulenburg äußerte, die Lage sei zu schwarz gezeichnet.

Der Bürgerkrieg könne vermieden

werden, wenn schnell und energig zuverlässige Truppen eingesetzt würden. Die Wirkung auf die Heimat würde nicht zweifelhaft sein, wenn man dem Heere nur die in schändlicher Weise die Marine der kämpfenden Schiffe verwerflich in den Rücken gefallen sei, wie ein Haufe von Drückbergern dem Heere die Verpflegung zu sperren drohe. Das würde eine wirksame Parole für den Kampf. Die schwereren Bewaffnungen hätten bemessen, daß die breite Masse der Truppen in der Hand ihrer Führer liegt. Jetzt ließe das Heer überflüssig und würde für den Bürgerkrieg ebensowenig zu haben sein wie für ein Wiederkräftigen gegen den äußeren Feind. Es gäbe nur einen Gedanken, die Kaisertruppen. Sei diese eingetreten, hätten sich die Truppen wieder aufgestellt, so würde sich die niedergedrückte Stimmung wieder heben. Die Truppen hätten dann sicher zur Verfügung des Kaisers und müßten gegen den Feind, gegen den Kaiser vorgeführt werden. Die Ver-

pflegung sei knapp, aber noch einige Tage ausreichen, im Notfall müsse man auf das reiche Belgien zurückgreifen. Auf Befragen erklärte Graf Schulenburg, daß in 8 bis 10 Tagen eine genügende Truppenmacht verwendungsbereit sein würde.

Generaloberst v. Pflessen teilte die Auffassung des General Graf Schulenburg. Der Kaiser dürfe nicht unverwundet lassen, um die Ordnung in der Heimat wiederherzustellen. Gegen die zunächst gelegenen Grenz- und Rheinstädte müsse daher alsbald vorgegangen werden.

Der Feldmarschall und General Groener brachten den Gefühlen Seiner Majestät warmes Verständnis entgegen, konnten sich aber diesen Rathschlägen nicht anschließen. Der Bürgerkrieg würde durch dieselben keineswegs vermieden.

Seine Majestät neigte sich anfänglich der Pflessen-Schulenburg'schen Auffassung zu, entschied aber schließlich dahin, daß der Gedanke, die Heimat durch eine Operation des Feldheeres wiederzuerobern, aufzugeben sei. Der Kaiser wollte dem Vaterlande den Bürgerkrieg und dem Heere nach allen von ihm so heldenmütig ertragenen Leiden und Verlusten neue Kämpfe ersparen. Da gegen sprach Seine Majestät die Absicht aus,

noch gebliebenen Waffenstand in friedlicher Weise an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückzuführen.

Auch diesen Gedanken hielt der General Groener nicht für aus führbar, weil sich die ganze Revolution unmittelbar gegen die Heimat des Kaisers gewandt hätte. Er erklärte daher: „Das Heer wird unter seinen Führern und Kommandierenden Generalen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückzuführen, aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät, denn es sieht nicht mehr hinter Eurer Majestät.“

Graf Schulenburg widersprach dem. Er glaubte im Namen aller Generale der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz das Gegenteil verstanden zu können. Offiziere und Soldaten würden ihren Führern nicht schmachvoll im Stich lassen. Seiner Majestät sollte das Ergebnis einer weiter unten erwähnten mündlichen Besprechung höherer Offiziere über die Stimmung im Heere diese halbe Juvencität, was die Soldaten betrifft, als nicht mehr zutreffend erweisen. Die Frage der Abdankung Seiner Majestät war während des Vortrages über die militärische Lage nicht berührt worden. Erst gegen Ende dieses Vortrages traf

die erste Aufforderung zur Abdankung aus der Reichsoberkriegsleitung in Berlin

ein. Die Aufforderungen wiederholten sich alsdann mit immer größerer Dringlichkeit, so daß der militärische Vortrag abgebrochen werden mußte. Seine Majestät begab sich mit den Anwesenden in den Park Dort wurden die weiteren Beratungen in Form von einzelnen Besprechungen Seiner Majestät mit wechselnden Gruppen der Anwesenden und zwischen solchen Gruppen untereinander fortgesetzt. Im Garten erschien auch

der Kronprinz, welcher dem Kaiser bat, die Arme nicht zu verlassen.

Sondern zu seiner Heeresgruppe zu kommen, mit der er den Marsch in die Heimat in Sicht gehabt hätte.

Der Kaiser erließ im Park gegen 2 Uhr Oberst Hege von der Obersten Seeresleitung, um Seiner Majestät Meldung von dem Ergebnis einer Besprechung mit 39 Generalen und Regimentskommandeuren der Heeresgruppen Kronprinz, Kuppfer, Deutscher Kronprinz und Gallwitz zu erstatten. Diese höheren Offiziere waren, wie schon weiter oben erwähnt worden ist, von der Obersten Seeresleitung nach Spa herbeiführen worden, um über die Stimmung im Heere zu berichten. Der Feldmarschall hatte den Offizieren folgende Frage vorgelegt:

1. Wie sieht die Truppe zum Kaiser? Wird es möglich sein, daß der Kaiser an der Spitze der Truppen die Heimat im Kampf wiedererobert?

2. Wie sieht die Truppe zum Bolschewismus? Wird es den Kampf mit der Masse gegen die Bolschewisten in der eigenen Heimat aufnehmen.

Die Frage 1 beantwortete ein Offizier mit ja, 15 stehen die Antwort mehr oder weniger zweifelhaft, 23 verneinten die Frage. Im Gegensatz zu den Annahmen des Generals Graf Schulenburg hatten hierbei von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz 4 Offiziere die Beantwortung zweifelhaft gelassen, 12 sie verneinten und 10 sie sagten ja. Zur Frage 2 verneinten 8 Offiziere die Möglichkeit, ihre Truppen gegen den Bolschewismus einzusetzen, 12 hielten erst eine längere Zeit der Ruhe für nötig, um durch entsprechende Aufführung und Uebung die Truppe für solchen Kampf in die Hand zu bekommen, und 19 ließen es zweifelhaft, ob ihre Truppen ganz oder wenigstens teilweise gegen den Bolschewismus kämpfen würden. Oberst Hege meldete dem Kaiser demgemäß: „Die Truppe ist Eurer Majestät noch treu ergeben, aber sie ist müde und gleichgültig, will nur Ruhe und Frieden haben. Gegen die Heimat marschieren sie jetzt nicht, auch nicht mit Eurer Majestät an der Spitze. Sie marschieren auch nicht gegen den Bolschewismus; sie will ruhig und allein sein.“

Der Kaiser fragte nun, ob die Armeen auch ohne ihn geordnet nach Hause marschieren würden. General Graf Schulenburg verneinte, General Groener bejahte; Oberst Hege antwortete mit den Worten: „Das Heer marschiert unter seinen Generalen allein geordnet nach Hause; es ist in dieser Beziehung noch fest in der Hand seiner Führer. Und wenn Euer Majestät mit ihm marschieren, so ist das der Truppe recht und ihr eine Freude. Nur kämpfen will das Heer nicht mehr, weder nach außen noch nach innen.“

Zu den Gesprächsstofften während des gruppenweise Herumstehens im Park gehörte auch die Frage,

wohin Seine Majestät sich begeben solle,

im Falle kein Verbleiben im Großen Hauptquartier nicht mehr möglich sei. Einzelne Herren empfahlen die Schweiz, während der Feldmarschall v. Hindenburg den Vorschlag gab, weil dem Kaiser in diesem monarchistischen Staat jedenfalls mehr Sympathie entgegengebracht würden, und weil Spa nur 50 Kilometer von der holländischen Grenze entfernt läge.

In den Gesprächen über die Abdankung gab der Feld-

marschall seiner Entrüstung über diese Zumutung Ausdruck und stimmte dem General Graf Schulenburg darin zu, daß weder der Reichsfeldmarschall noch der Reichstag das Recht hätten, die Abdankung Seiner Majestät als König von Preußen zu fordern.

Währenddem liefen fortgesetzt die Ferngespräche aus Berlin ein, in denen auf Abdankung gedrängt wurde. Sie wurden vom Chef der Reichsoberkriegsleitung, Unterstaatssekretär Wahlhofsche, und dem Geheimrat Simons in Berlin aufgegeben, vom Staatssekretär v. Sinsge und Legationsrat von Grünau in der Kaiservilla aufgenommen und, soweit erforderlich, nach vorherigem Vortrag bei Seiner Majestät beantwortet wurde.

Zur Begründung der Aufforderung zu sofortiger Abdankung wurde

von der Reichsoberkriegsleitung gemacht, daß in Berlin heftige Straßenkämpfe stattfinden.

„Berlin könne in Blut“

die Truppen hinein übergegangen. Nur so könne man den Bürgerkrieg vermeiden. Was anfänglich vergeblichen Versuchen über den Umfang und die Bedeutung der gemeldeten Straßenkämpfe unmittelbarer Auskunft von den militärischen Behörden aber dem Kriegsminister zu erlangen, beauftragte der Chef des Generalstabes beim Government Berlin, Major v. Berge und Herendorff, zwar, daß die Truppen in der Mehrzahl übergegangen seien; er stellte aber die Straßenkämpfe als wesentlich geringfügiger dar. Das von, daß die Straßen in Blut köpfen, sei keine Rede; es seien 20 bis 30 Verwundete gemeldet. Staatssekretär v. Sinsge unterließ nicht, den Unterstaatssekretär Wahlhofsche auf den Widerspruch zwischen den Auskünften der Reichsoberkriegsleitung und der militärischen Stellen aufmerksam zu machen.

Als Grund für die sofortige Abdankung, die jetzt auch von den bürgerlichen Regierungsmitgliedern für unermüdlich gehalten wurde, wurde weiter angegeben, daß dieser Schritt die einzige Möglichkeit sei, die Dynastie zu retten. Staatssekretär v. Sinsge erhob Einspruch gegen diese Art des Drängens auf Abdankung und gegen die Form, in der es erfolgte, und sprach wiederholt die Forderung aus, den Prinzen Max von Baden persönlich zu sprechen. Die Erfüllung dieses Wunsches wurde in Berlin nicht gescheit, erfolgte aber erst, nachdem die „Wolff“-Depesche über die Abdankung bereits herausgegeben war.

Auf Befehl Seiner Majestät leste der Staatssekretär eine Erklärung Seiner Majestät an den Reichsfeldmarschall des Inhalts aus, daß Seine Majestät, um Blutvergießen zu vermeiden, bereit sei, als Deutscher Kaiser abzutreten, aber nicht als König von Preußen. Der Kaiser war also trotz des Drängens der Berliner Regierung fest entschlossen, König von Preußen zu bleiben und sein preussisches Heer in die Heimat zu begleiten. Die

entsprechende Wendung trat erst durch das zweite

Verhalten der Regierung

ein. Während noch die oben erwähnte Erklärung niedergegeben wurde, telephonierte nämlich der Unterstaatssekretär Wahlhofsche aus neue, die Abdankungserklärung müßte in einen weniger inquisitorischen sein, sonst ließe alles verloren. Staatssekretär v. Sinsge erwiderte, daß der Entschluß Seiner Majestät zu erwarten sei, und daß darauf gedrängt werden müsse. Als dann der Staatssekretär die inhaltliche von Seiner Majestät genehmigte und vollzogene Erklärung zu telephonieren begann, wurde er vom Unterstaatssekretär Wahlhofsche unterbrochen, „das nütze nichts, es müßte völlige Abdankung ausgesprochen werden und Herr v. Sinsge möge zuhören, was ihm jetzt telephoniert werde.“ Nachdem der Staatssekretär v. Sinsge hiergegen Einspruch erhoben und verlangt hatte, daß zuvor der Entschluß Seiner Majestät angehört werden müsse, geschah dies, aber in unmittelbarem Anschluß daran wurde mitgeteilt, daß bereits die bestimmte Erklärung durch Wolffs Bureau veröffentlicht worden wäre, die alsdann auch durch Rundspruch der einzelnen Truppen bekannt geworden ist.

Staatssekretär v. Sinsge erhob auf der Stelle gegen dieses Verfahren erheblichen Protest, und sprach sein lebhaftes Entsetzen darüber aus, daß man die Abdankung Seiner Majestät ohne Ermächtigung hierzu bekanntgegeben habe. Herr v. Sinsge stellte fest, daß aus seinen Mitteilungen keinerlei Schluß auf den Charakter der Entschloßung Seiner Majestät hätten gezogen werden können und wiederholte sein Verlangen, den Reichsfeldmarschall persönlich zu sprechen.

Der Prinz kam nunmehr und erklärte auf Sinsges Frage, daß die „Wolff“-Depesche inhaltlich angegeben worden wäre und daß er für sie eintrete. Prinz Max von Baden hatte die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers und Königs und diejenige des Kronprinzen veröffentlicht lassen, ohne vorher die allerhöchste Ermächtigung hierzu abzuwarten. Von einem Verzicht des Kronprinzen war außerdem bisher noch nicht die Rede gewesen. Der Kronprinz war weder orientiert, noch gefragt, noch gehört worden.

Seiner Majestät wurde die Tatsache der vom Reichsfeldmarschall erfolgten Bekanntmachung über die Abdankung durch den Generaloberst v. Pflessen und den Staatssekretär v. Sinsge und diese König von Preußen und als solcher bei meinen Truppen“ und beauftragte den Staatssekretär, den Generalfeldmarschall und General Groener, welche kurz vorher die Kaiservilla verlassen hatten, von der neuen Wendung in Kenntnis zu setzen.

Gegen 3½ nachmittags fand in der Wohnung des Generalfeldmarschalls eine Besprechung statt, an welcher die Generale Groener, Graf Schulenburg und Freiherr Marschall, Staatssekretär v. Sinsge und Legationsrat v. Grünau teilnahmen. Es wurde von zuständiger Seite verneint, daß militärische Mittel zur Verfügung ständen, um die in Berlin ausgebrochene Abdankung rückgängig zu machen. Ferner wurde auf Befehl des Staatssekretärs v. Sinsge beschlossen, daß ein Protest gegen die ohne allerhöchste Ermächtigung erfolgte Abdankungserklärung aufgesetzt und Seiner Majestät zu Unterfertigung vorgelegt, dorecht jedoch nicht veröffentlicht, sondern nur als Dokument an ihrer Stelle, Hausministerien oder Militärkabinet, niedergelegt werden sollte. Bei